

# **Ex-Polizist enthüllt: Wie die Polizei Clankriminalität fördert – auf Weisung der Politik**

„Links-Staat“-Autor und „Bürger in Wut“-Europakandidat Torsten Groß ist im Duisburger Norden aufgewachsen und war in seiner mehr als zwanzigjährigen Polizeilaufbahn rund ein Jahrzehnt als Zivilfahnder in der Ruhrgebietsmetropole eingesetzt.

Im exklusiven Epoch Times-Interview analysiert der ehemalige Polizeioberkommissar das Phänomen der Clankriminalität und gewährt uns tiefe Einblicke in einen sonst äußerst verschlossenen Polizeiapparat.

**Epoch Times: Herr Groß, die Kriminalität von Mitgliedern abgeschotteter Kurdenclans rückt immer deutlicher in den Fokus. Wie war es überhaupt möglich, dass derartige Strukturen entstehen konnten?**

**Groß:** Ein gewichtiger Anteil der männlichen Mitglieder dieser Mhallamiye-Kurden ist schon in den 1990er Jahren erheblich kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. Schon damals zeichnete sich deutlich ab, dass wir es mit einem klassischen Fall von Organisierter Kriminalität im Bereich Prostitution, Drogen- und Waffenhandel sowie mit der Ausbildung mafiaähnlicher Strukturen zu tun haben. Die konsequente Verfolgung und Ahndung dieser schwerwiegenden Kriminalität hatte bei den Entscheidern in der Politik keine Priorität und war in Teilen auch nicht erwünscht. Entsprechend sind linksideologische – und unfähige – Politiker, Polizeiführer und allzu milde Richter für dieses Entwicklung verantwortlich.

**Epoch Times: Gab es Anweisungen, diese Kriminalität nicht zu ahnden? Und warum wurden gerade diese Kriminellen nicht**

## **konsequent verfolgt?**

**Groß:** Die allermeisten dieser Clanangehörigen sind in den späten 1970er bis Anfang der 1990er Jahre, zumeist als Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon, nach Deutschland immigriert. Und sogenannte „Bürgerkriegsflüchtlinge“ standen damals wie heute unter besonderem Schutz von, wie ich sie bezeichnen möchte, „linksideologischen Gutmenschen an den Schalthebeln der Macht“ und in den staatlichen Institutionen. Der oberste Dienstvorgesetzte von Polizei und Justiz ist immer ein Politiker.



„Der Links-Staat“  
von Christian  
Jung und Torsten  
Groß aus dem KOPP  
Verlag

Schriftliche Anweisungen gab es dazu aus verständlichen Gründen natürlich nicht – das läuft in unserem Rechtsstaat perfider ab: So entscheiden die zuständigen Ministerien in Absprache mit der Landesregierung über Einstellungszahlen bei der Polizei und über die personelle Ausstattung von Staatsanwaltschaften und Gerichten. Im weiteren Verlauf ebenso über die konkrete Zuweisung von Beamten an die jeweiligen Behörden. Innerhalb der Behörden ist dann die personelle Ausstattung der jeweiligen Abteilungen entscheidend, die der oberste Dienstvorgesetzte in letzter Konsequenz trifft. Wenn beispielsweise also das für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zuständige Kommissariat personell ausgedünnt wird, können entsprechend weniger deliktspezifische Straftaten verfolgt und wichtige Zusammenhänge erkannt werden. Zur Wahrheit über die Ursache gehört aber auch, dass hochrangige Positionen wie die des Polizeipräsidenten oder Staatssekretärs oftmals nicht nach Eignung, Leistung und Befähigung, sondern nach Parteibuch vergeben wurden und werden.

## **Epoch Times: Wie zeigt sich das in der täglichen Polizeiarbeit?**

**Groß:** Grundhaltung und Linie sind schnell klar und wirken sich auch deutlich aus. Ich habe aber auch Zeiten erlebt, in denen aus Kostengründen eine Kilometerbegrenzung für Streifenfahrten angeordnet wurde. Die Aufklärung von Straftaten im Bereich der Organisierten Kriminalität bindet viel Personal und ist äußerst kostenintensiv. Verdeckte Observationsmaßnahmen, Telefonüberwachungen und horrenden Kosten für Dolmetscher seien an dieser Stelle als Beispiele angeführt. Und Politiker arbeiten nicht selten auf ihre Wiederwahl und eine zweite Legislaturperiode im Amt hin. Denn nur so gelangen sie in den Genuss der üppigen Pensionen.

Entsprechend wird ein Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der Kriminalität gelegt, die geeignet erscheint, das subjektive Sicherheitsgefühl der Wähler zu beeinträchtigen – also Straftaten wie Überfälle, Betrugsdelikte, Diebstähle und Einbrüche, welche der Bürger direkt mitbekommt. Unter Prostitution und dem Handel mit Betäubungsmitteln leiden nur entsprechend wenige Mitbürger direkt und bekommen davon also auch wenig mit. Eine Polizeipräsidentin hat unter diesen Gesichtspunkten einmal in einer Führungskräftebesprechung sinngemäß mitgeteilt, dass sie „der Aufhellung der dunklen Kriminalität keine allzu große Priorität einräumt, weil die helle Kriminalität schon dunkel genug ist“.

Hier weiterlesen.

---

Dieses Interview ist zuerst auf Epoch Times erschienen und ist auf dem Nachrichtenportal aktuell der meistgelesene sowie diskutierte Beitrag.

---

Bestellinformationen:

» Christian Jung & Torsten Groß: Der Links-Staat, 22,95 € – hier bestellen!

---

Wer den Wahlantritt der BIW mit seiner Unterstützungsunterschrift ermöglichen möchte, kann das wie folgt tun:

Bitte beachten Sie dabei, dass jeder Wahlberechtigte nur einen Wahlvorschlag unterstützen darf. Die AfD muss für den Antritt zu dieser EU-Wahl keine Unterschriften einholen!

**Das amtliche Formular für Ihre Unterstützungsunterschrift:**

1. Zum handschriftlichen Ausfüllen (PDF öffnen, zweiseitiges Formular ausdrucken und handschriftlich ausfüllen):

- Formblatt Unterstützungsunterschrift (handschriftlich ausfüllen)

2. Zum Ausfüllen am PC (PDF öffnen, Formular am PC ausfüllen und beidseitig ausdrucken):

- Formblatt Unterstützungsunterschrift (am PC ausfüllen)

Sie können das Formblatt entweder herunterladen und direkt am PC ausfüllen oder mit Vorder- und Rückseite ausdrucken, um die Eintragungen handschriftlich in Blockschrift vorzunehmen. Sollten Sie mehrere Vornamen haben, dann tragen Sie diese oben ein (Personendaten müssen den im Personalausweis entsprechen). Wichtig: Nach dem Ausdrucken das Formular vorderseitig in der Mitte rechts unterschreiben!

Im nächsten Schritt muss Ihre Unterschrift vom Wahlamt der Stadt oder Gemeinde bestätigt werden, in der Sie wohnhaft sind. Sollten Sie selbst diese Bestätigung nicht selbst einholen können, dann übernehmen die BÜRGER IN WUT das für Sie!

Wenn Sie Bürger eines anderen EU-Staates sind (Unionsbürger), müssen Sie außerdem versichern, nur in Deutschland und in keinem anderen Mitgliedsland der EU an der Europawahl teilnehmen zu wollen.

- Formblatt Versicherung Unionbürger

Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formblatt mit der Unterstützungsunterschrift anschließend im Original auf dem Postweg (kein Fax oder E-Mail!) an:

**BÜRGER IN WUT**

**Ludwigstr. 20**

**27570 Bremerhaven**

PI-NEWS wird seine Leser in regelmäßigen Abständen über den Stand des Wahlantritts der BIW informieren.